

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung
des Ausschusses für Umwelt und Technik der Stadt Lörrach
am Donnerstag, 16. April 2015
im großen Sitzungssaal des Rathauses Lörrach, Luisenstraße 16

Anwesend:	Bürgermeister Wilke als Vorsitzender
Stadträtinnen und Stadträte:	Berg Cyperrek Denzer Di Prima Escher Glattacker Höfler (in Vertretung Heuer) Kiefer (bis 19.00 Uhr) Pichlhöfer Salach Schlecht (in Vertretung Böhringer) Simon Vogel Vogelpohl (bis 19.00 Uhr) Wernthaler Wiesiollek
Entschuldigt:	Böhringer, Heuer
Ferner:	Fachbereichsleiterin Buchauer Komm. Fachbereichsleiter Dullisch Fachbereichsleiter Krieger Fachbereichsleiter Schwenzer Betriebsleiter Langela Stellv. Fachbereichsleiterin Eyhorn Leiter Bäderbetrieb Herr Rudnick Frau Gropp Herr Fessler
Urkundspersonen:	Stadtrat Denzer und Stadtrat Wernthaler
Schriftführung:	Herr Ockenfuß
Beginn:	18:00 Uhr
Ende:	19:30 Uhr

TOP 1

Erich-Reisch-Haus/ Fachstelle Wohnungssicherung, Bericht durch Herrn Heinz

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und begrüßt die anwesenden Mitglieder des Ausschuss für Umwelt und Technik, die Mitarbeiter der Verwaltung sowie die anwesenden Vertreter der Presse. Insbesondere begrüßt er Frau Ziegler und Herrn Heinz, die im Folgenden den Jahresbericht über Ihre Tätigkeit in der Fachstelle Wohnungssicherung (Erich-Reisch-Haus) vorstellen wollen.

Frau Ziegler und Herr Heinz stellen sodann anhand einer Präsentation die aktuellen Entwicklungen in der Fachstelle Wohnungssicherung dar (Anlage 1).

Der Vorsitzende dankt für die Präsentation und generell für die wichtige Arbeit, die in der Fachstelle Wohnungssicherung geleistet werde. Zudem dankt er der stellvertretenden Fachbereichsleiterin Eyhorn, die von Seiten der Verwaltung für die Einweisung von Obdachlosen zuständig ist.

Stellvertretende Fachbereichsleiterin Eyhorn legt im Folgenden dar, nach welchem Schema die Einweisung eines Obdachlosen ablaufe. Hierbei betont sie, dass die Verwaltung hinsichtlich der räumlichen Kapazitäten an ihre Grenzen stoße (Anlage 2).

Der Vorsitzende führt aus, dass die Zahl der Obdachloseneinweisungen in der Stadt zunehme. Die Notschlafstelle sei permanent belegt, auch von Seiten der Wohnbau Lörrach könne kein Wohnraum mehr zur Verfügung gestellt werden. Es müsse wohl eine neue Einrichtung geschaffen werden und bedürfe überdies einer größeren Anzahl an bezahlbarem Wohnraum. Zudem werde es ein Pendant zu dem Wohnprojekt Rießgässchen geben.

Stadtrat Escher dankt für die gute Aufbereitung der Thematik und den Bericht. Die Zahlen seien stimmig. In der Kreishauptstadt Lörrach kämen eben viele Leute zusammen, die oftmals unter Obdachlosigkeit leiden. Auch der Caritas sei an dieser Stelle großer Dank auszusprechen. Man müsse in Zukunft rechtzeitig handeln und müsse frühzeitig Gelder für Notfälle einstellen.

Stadtrat Schlecht hält den Bericht für keine bloße Routine. Die Tischvorlagen zu dem Tagesordnungspunkt und die vorgelegten Zahlen seien erschreckend. Die Politik müsse mit Zahlen konfrontiert werden. Die Einrichtung der Fachstelle sei absolut richtig gewesen. Besorgniserregend sei, dass die Familienanteile zugenommen hätten. Er bedankt sich für die erfolgreiche Arbeit der Fachstelle. Die Fachstelle sei absolut notwendig. Es seien durchaus soziale Brennpunkte in Lörrach erkennbar, deswegen müsse man auch die Empfehlungen der Fachstelle ernst nehmen. In der Stadt und dem Landkreis bestehe seitens der Politik großer Handlungsbedarf. Auch die Wohnbau Lörrach müsse, unterstützt von der Stadt, dringend handeln.

Stadtrat Vogel bedankt sich für den Bericht. Er ist der Meinung, dass die Hilferufe künftig noch lauter werden. Auch auf die Genossenschaften komme viel zu. Er wolle wissen, inwiefern Kosten für energetische Sanierungen aufgefangen werden könnten.

Stadtrat Wernthaler bedankt sich für den Bericht. Er führt aus, dass auch das Amtsgericht Lörrach die Einrichtung für sehr sinnvoll halte. Es gebe in Lörrach jedes Jahr rund 200 Räumungsklagen. Ein wichtiger Aspekt sei, dass die betroffenen Personen hierbei in einer persönlich prekären Situation von der Fachstelle begleitet werden. Der Wohnungsmarkt in Lörrach sei schlecht aufgestellt. Viele Leute hätten einen Job, könnten aber ihre Miete trotzdem nicht bezahlen. Es müsse künftig im Interesse der Stadt Lörrach gebaut werden, nicht im Interesse von Investoren. Die Stadt und die Wohnbau könnten hierbei in die richtige Richtung steuern. Die soziale Schere dürfe nicht weiter auseinandergehen. Er frage, ob das Wohnprojekt Rießgässchen erfolgreich verlaufe und wolle zudem wissen, ob es auch in Lörrach immer mehr obdachlose Frauen gebe.

Stadtrat Di Prima äußert, dass er über die vorgelegten Zahlen entsetzt sei. Es gebe einen Wohnungsmarkt, der die Leute verdränge, die sich die teuren Mietpreise nicht leisten können. Betroffen seien in erster Linie Angehörige des Prekariats und Transferleistungsempfänger. Die Stadt müsse hier stärker in den Markt eingreifen. Die Investoren hätten nur Interesse an ihrem eigenen Profit. Es müsse dringend gehandelt werden. Nicht nur Empfänger des Arbeitslosengeldes II seien betroffen, sondern auch für Angestellte im öffentlichen Dienst werde es in Lörrach immer schwieriger, eine Mietwohnung zu finden. Es bedürfe eines sozialen Wohnungsmarktes. Man müsse den Empfehlungen der Fachstelle folgen, unter anderem der Festlegung von Mietobergrenzen nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II).

Stadtrat Dr. Vogelpohl fragt, wie sich das Deputat der Mitarbeiter der Fachstelle Wohnungssicherung gestalte.

Herr Heinz erläutert, dass sich das Deputat an dem anfallenden Arbeitsaufwand orientiere. Grundsätzlich gebe es die Maßgröße, die besage, dass eine Vollzeitkraft für eine Zahl von 100.000 Einwohnern angesetzt werde. In der hiesigen Agglomeration sei eine Aufstockung des Personals durchaus sinnvoll. Das Projekt Rießgässchen verlaufe unterdessen sehr erfolgreich. Eine Fluktuation unter den Bewohnern sei gewünscht gewesen und nun auch vorhanden. Der Ansatz eines inklusiven Wohnprojektes überzeuge. Auch in Lörrach gebe es wohnungslose Frauen. Man müsse aber beachten, dass es auch bei der Wohnungslosigkeit eine Dunkelziffer gebe. Diese Betroffenen würden im Hilfesystem nicht berücksichtigt. Der große Bedarf an Angeboten für Frauen werde oftmals erst dann sichtbar, wenn die Angebote tatsächlich bereitgestellt würden. Beim Folgeprojekt Rießgässchen wolle man insbesondere Bedarfe für wohnungslose Frauen abdecken.

Der Vorsitzende gibt an, dass die momentane Situation sehr schwierig sei. Es gebe verschiedene Ursachen für die schwierige Situation, aber auch verschiedene Lösungswege. Die Stadt Lörrach sei aufgrund ihrer Nähe zu Basel sehr attraktiv. Generell sei in vielen vergleichbaren Städten, die sich, ähnlich wie Lörrach, in einem

Transformationsprozess befänden, die Problematik vorhanden, dass Wohnraum relativ teuer sei. Die vorhandene Bausubstanz sei in weiten Teilen alt, müsse allerdings erneuert werden. Er wolle die bisherige gute Zusammenarbeit zwischen der Stadt und der Fachstelle Wohnungssicherung aufrecht erhalten und weiter intensivieren, sodass man gemeinsam gute Lösungen, unter anderem im Bereich sozialer Wohnungsbau, erarbeiten könne. Er wolle überdies Strukturen schaffen, um bedürftigen Menschen zu helfen. Man sei darauf bedacht, die Empfehlungen der Fachstelle umzusetzen. Hierfür müsse man mehr Geld in die Hand nehmen. Der Wohnraum sei mittlerweile schon so knapp, dass man bereits bei der Polizei angefragt habe, ob diese bei einer gesetzlichen Unterbringung von Wohnungslosen eine Zelle zur Verfügung stellen könne. Die Situation werde immer schwieriger, man müsse dringend aktiv werden.

Stadtrat Pichlhöfer vertritt die Auffassung, dass die große Politik hier handeln müsse. Es werde viel zu viel Geld ins Ausland gegeben, während die Armut in Deutschland stetig wachse. Die Rente werde in Deutschland immer geringer, die Mieten hingegen würden immer weiter steigen. Als Eigentümer habe man immer weniger Rechte. Es müsse dringend umgedacht werden.

Der Ausschuss für Umwelt und Technik nimmt den Bericht zur Kenntnis.

TOP 2

Umwidmung und Abstufung der B 317 Basler-/Dammstraße, mündl. Bericht

Der Vorsitzende führt zunächst kurz in die Thematik der Vorlage ein.

Kommis. Fachbereichsleiter Dullisch stellt anhand einer Präsentation die geplante Umwidmung und Abstufung der B 317 (Basler- / Dammstraße) dar (Anlage 3).

Der Vorsitzende bedankt sich für den Bericht.

Stadtrat Escher bemerkt, dass es sich bei dem Tagesordnungspunkt um eine reine Kenntnisnahme durch den Ausschuss handle. Er wolle wissen, ob die Stadt die Abstufung auch selbst beantragen konnte. Er fragt, worin für die Stadt der Vorteil in der Abstufung liege und mit welcher Priorität die Straße in die Straßendatenbank der Stadt aufgenommen wurde.

Stadtrat Schlecht gibt an, dass die SPD-Fraktion bereits vor einigen Jahren eine Herabstufung der B 317 zur Gemeindestraße angeregt habe, dies damals aber abgelehnt wurde. Er wolle wissen, ob man gegen die Entscheidung noch Widerspruch einlegen könne und ob durch die Abstufung der Straße finanzielle Belastungen auf die Stadt Lörrach zukommen. Auch für ihn sei interessant zu wissen, wo die Vorteile der Stadt in der Abstufung liegen.

Stadtrat Denzer äußert, dass ihm die Ablösesumme von 150.000,00 Euro komisch vorkomme.

Kommis. Fachbereichsleiter Dullisch erklärt, dass die Basler Straße / Zollfreie Straße / Dammstraße ihre überregionale Funktion verloren habe. Die Funktion falle nun der Bundesstraße B 317 zu. Man werde nicht zwei parallele Straßen als Bundesstraßen berücksichtigen können. Überdies könne man keine neue Straße verlangen, da die Straße bisher noch in einem ordentlichen Zustand sei. Das Verfahren zur Abstufung der Straße laufe schon seit Dezember. Langfristig müsse man überlegen, wie sich die Basler Straße entwickeln werde. Das Teilstück der Basler Straße wurde in der Straßendatenbank bisher noch nicht berücksichtigt. Sie werde jedoch mit großer Wahrscheinlichkeit der Stufe 2 oder der Stufe 3 zugeordnet nachdem ein neuer Feinbelag in der Basler Straße eingebaut wird.

Stadtrat Escher ist der Meinung, dass man sich nicht gegen die Entscheidung stellen könne, jedoch sei die Ablösesumme von 150.000,00 Euro sehr gering, wenn man berücksichtigt, dass es in den letzten zwei Jahren Probleme mit den Wasserleitungen und der Ampelanlage gegeben habe.

Kommis. Fachbereichsleiter Dullisch erklärt, dass die Ablösesumme in dieser Höhe vom Regierungspräsidium Freiburg vorgeschlagen wurde. Die Ampelanlage wurde bei der Berechnung dieser Ablösesumme nicht berücksichtigt. Die großen Mängel lägen bei der Basler Straße tatsächlich im Bereich des Feinbelages über die ganz Straßenfläche und im Bereich der Dammstraße an Straßenschäden im Bereich der Lichtsignalanlage und in dem Bereich der Brücke beim Gewerbekanal.

Der Vorsitzende hebt hervor, dass man sich von der zuständigen Stelle beim Regierungspräsidium Freiburg nicht über den Tisch ziehen lassen werde. Man wolle nochmals prüfen, inwiefern die Ampelanlage beim Preis abgesetzt werden könne.

Stadtrat Pichlhöfer fragt, ob die Kosten für den Kreisverkehr in der Dammstraße nun von der Stadt getragen werden müssen.

Der Vorsitzende erklärt, dass ein Großteil der Kosten des Kreisverkehrs vom Bund getragen werde und nur ein kleiner Teil von der Stadt. Die Herabstufung der Straße werde kommen. Man werde mit dem Regierungspräsidium eine gute Ablösesumme aushandeln.

Der Ausschuss für Umwelt und Technik nimmt den Bericht zur Kenntnis.

TOP 3

Nachtrag Tiefbauarbeiten "Umgestaltung der Sportanlagen im Grütt" Firma

Knobel, Hartheim

Vorlage: 030/2015

Der Vorsitzende führt zunächst kurz in die Thematik der Vorlage ein.

Fachbereichsleiterin Buchauer gibt an, dass sich die Auftragssumme bei der Firma Knobel erhöht.

Stadträtin Höfler wolle wissen, warum die Erde nicht transportiert werden konnte.

Stadtrat Denzer gibt an, dass es sinnvoll gewesen wäre, wenn in der Vorlage die finanziellen Auswirkungen bei den einzelnen Punkten genannt worden wären.

Stadtrat Escher gibt an, dass der Planer bekannt sei, hiermit habe der zuständige Fachbereich im Rathaus nichts zu tun. Es sei Humus von einer Firma abtransportiert worden. Er wolle wissen, ob dies kostenneutral geschehen sei. Die Kosten seien von dem Planer grundlegend falsch vorveranschlagt worden. Nun entstehen auch Mehrkosten. Einiges sei hier nicht berücksichtigt worden, wie beispielsweise die Fundamentierung von Flutlichtmasten. Der Planer habe seinen Job besser machen können. Er macht zudem auf die Sanierungsbedürftigkeit des Umkleidegebäudes aufmerksam, bei dem selbst die Fugen im Nassbereich der Umkleidekabinen nicht aus wasserfestem Material gefertigt worden seien.

Fachbereichsleiterin Buchauer erklärt, dass es sich nicht um Mehrkosten handle, sondern weitestgehend um Kosten, die im Projekt ohnehin anfallen und ansonsten bei einer anderen Firma beauftragt worden wären. Der Aushub und Abtransport des Humus habe vom EB Stadtgrün nicht wie vorgesehen bewerkstelligt werden können. Deshalb habe man die Firma Knobel mit dieser Aufgabe betraut. Bei der Ausschreibung der Arbeiten seien die Fundamente für die Flutlichtmasten nicht berücksichtigt gewesen. Bei der Firma Knobel komme es nun zu einer Auftragserweiterung und somit auch zu höheren Kosten.

Stadtrat Denzer gibt an, dass aus der Vorlage nicht eindeutig hervor geht, ob es zu Mehrkosten gekommen sei und bittet darum, dass dies künftig eindeutiger formuliert wird.

Der Vorsitzende bittet um Abstimmung.

Der Ausschuss für Umwelt und Technik fass sodann einstimmig den folgenden Beschluss:

1. Der Auftrag der Fa. Knobel wird von 344.889,16 € um 162.128,54 € auf 507.017,70 € einschließlich 19 % Mwst. erhöht.

TOP 4

Bekanntgabe nichtöffentlich gefasster Beschlüsse und sonstige Bekanntgaben

Ergebnisse Kundenbefragung Fachbereich Stadtplanung und Baurecht

Der Vorsitzende gibt kurz bekannt, wie verwaltungsintern mit den Ergebnissen der Kundenbefragung im Fachbereich Stadtplanung und Baurecht umgegangen wird und wie die weiteren Schritte sind.

TOP 5

Allgemeine Anfragen

Verkehrsanfragen

Stadtrat Escher bemerkt, dass die Ampelschaltanlage in der Clara-Immerwahr-Straße sonntags ausgeschaltet ist. Zudem sei der Randsteig in der Wiesentalstraße auf Höhe des Burger King - Restaurants sehr in Mitleidenschaft gezogen. Er wolle wissen, ob der Randsteig weiß markiert werden könne.

Stadträtin Cyperrek bedankt sich beim Fachbereich Straßen / Verkehr / Sicherheit für die Markierung des Radweges in der Riesstraße.

Friedhofsmauer Tumringen

Stadtrat Denzer gibt an, dass sich die Friedhofsmauer in Tumringen in einem desolaten Zustand befinde.

TOP 6

Offenlegungen

TOP 6.1

Schreiben des Bau- und Verkehrsdepartement Basel-Stadt vom 27. März 2015 bzgl. des Rheintunnels/Rheintunnelanschluss an die A2 und A 98

Zur Beurkundung

Der Vorsitzende:

Urkundspersonen:

Schriftführung: